

## Festwoche: Kahla feiert 1150 Jahre Stadtgeschichte

## Jena wird wieder zur Sommerbühne



Blick auf Kahla umrahmt von Dohlenstein und Leuchtenburg vom Parnitzberg.

Foto/Montage: kl/KI-generiert

**Kahla. (FS)** Vom 1. bis 7. Juni 2026 verwandelt sich Kahla in eine große Festmeile. Als Herzstück des Jubiläumsjahres „1150 Jahre Kahla“ lädt die Stadt an der Saale zur großen Festwoche ein, die für Jung und Alt ein abwechslungsreiches Programm aus Musik, Kultur, Geschichte und Gemeinschaft bereithält. Den Auftakt bildet am Montag, dem **1. Juni**, ein **Kindertag** im Rosengarten. Kinder und Teenager bis zum vollendeten 17. Lebensjahr können sich auf einen Zauberkünstler, eine Teenie-Party mit DJ und besondere Gastauftritte freuen. Am Dienstag, dem **2. Juni**, findet der **Seniorentag** auf dem Programm: Die Leuchtenburg Kids sorgen ab 14 Uhr für Live-Musik an der Konzertmuschel des Rosengartens, danach sind

bis 18 Uhr beliebte Melodien zum Zuhören und Mitsingen zu erleben, die Plätze sind begrenzt. Am Mittwoch, dem **3. Juni**, lädt ein **Filmabend** unter dem Titel „Ton an, Bild ab: 1150 Jahre Kahla“ ab 18 Uhr in den Rathaussaal ein. Mit historischen Aufnahmen, einem filmischen Rückblick auf Menschen und Momente der Stadtgeschichte sowie einigen Überraschungen verspricht der Abend ein besonderes Erlebnis. **Für diesen Termin sind Eintrittskarten erforderlich.** Am Donnerstag, dem **4. Juni**, findet der **offizielle Festakt im Rathaussaal** statt, der als geschlossene Veranstaltung ausgerichtet wird. Publikumswirksam wird es dann am Freitag, dem **5. Juni**: Die Band **Borderline** sorgt ab

22 Uhr auf dem Marktplatz für Partystimmung mit bekannten Hits. Am Samstag, dem **6. Juni**, bespielt die Festwoche die gesamte **Innenstadt** mit **Musik und Programm** an mehreren Bühnen. Das Thüringer Polizeiorchester eröffnet den Nachmittag um 13 Uhr auf dem Marktplatz, der KCD e.V. folgt um 17 Uhr mit einem mitreißenden Tanz- und Showprogramm. Abends legen DJs auf, bevor um 22:30 Uhr eine Lasershow den Kahlaer Nachthimmel erleuchtet. Den feierlichen Abschluss bildet der Sonntag, **7. Juni**: Ab 11 Uhr zieht der große **Festumzug** durch die gesamte Stadt, startend vom Lidl-Parkplatz bis zum Marktplatz. Vereine, Schulen, Kindergärten, Musikgruppen und zahlreiche weitere Ak-

teure nehmen teil. Um 18 Uhr lädt die Stadtkirche St. Margarethen zum Dank-Gottesdienst als feierlichem Abschluss der Festwoche ein. Parallel zur Festwoche finden vom 1. bis 5. Juni erstmals die „Heimat shoppen“-Aktionsstage in Kahla statt. Die deutschlandweite Initiative zur Stärkung des lokalen Handels ist in diesem Jahr erstmals in Kahla vertreten, als eine von 37 teilnehmenden Städten in Thüringen. Kunden erhalten an einem Einkauf von 11,50 Euro in den teilnehmenden Geschäften eine Gewinnspielkarte. Zu gewinnen gibt es unter anderem Gutscheine Kahlaer Gewerbetreibender im Gesamtwert von 2.000 Euro sowie weitere Preise. Die Verlosung findet am Samstag, dem 6. Juni, um 14:30 Uhr live auf der Haupt-

bühne am Marktplatz statt. Weitere Informationen zu den teilnehmenden Geschäften sind unter [www.kahla.de/heimatshoppen](http://www.kahla.de/heimatshoppen) abrufbar. Als bleibendes Erinnerungstück zum Jubiläum wurde ein Festkrug der Porzellanmanufaktur Kahla in limitierter Auflage aufgelegt, erhältlich im Reisebüro Schönfeld, im Fotostudio Preuß und beim Citymanagement Kahla, zum Preis von 20 Euro. Alle Informationen zum Jubiläumsjahr und zur Festwoche finden Sie unter [www.kahla.de/stadtjubilaeum](http://www.kahla.de/stadtjubilaeum).

**Jena. (FS)** Vom 8. Juli bis zum 23. August 2026 verwandelt sich der Jenaer Theatervorplatz wieder in eine Sommerbühne. Sieben Wochen lang läuft dort die Kulturarena, das Stadtfestival, das seit 1992 mit Konzerten, Theater, Open-Air-Kino und einem Kinderprogramm den Sommer in der Hochschulstadt prägt. Büros leeren sich am späten Nachmittag, Seminare wandern in die Innenstadt, und auf dem Markt schwingt zwischen den Ständen eine eigene Stimmung mit. Das Konzept ist seit der ersten Ausgabe stabil. Kuratiert wird am Puls der Zeit und gelegentlich bewusst abseits des Mainstreams. Newcomer treffen auf etablierte Namen, Pop auf Welt- und Clubmusik, daneben stehen Theater, Film und Kinderprogramm gleichberechtigt. Der Vorgeschmack kommt aus Lobeda. Am 19. und 20. Juni lädt die ArenaOuvertüre auf den Festplatz Lobeda West, präsentiert unter dem Motto „Soulphonic Adventures“. Die offizielle Eröffnung folgt am 8. Juli mit „Kassandra: coming of age at the end of the world“, einer Koproduktion mit dem Theaterhaus Jena, die bis zum 12. Juli täglich auf dem Vorplatz läuft. Das musikalische Herzstück startet am 16. Juli mit Les Négresses Vertes, gefolgt von Dominique Fils-Aimé sowie einem Abend mit Enno Bunger und Marlo Grosshardt. Am 19. Juli treffen die STÜBAphilharmonie und die Hommage „50 Jahre Roland Kaiser“ aufeinander. In der Woche darauf spielen unter anderem Tanita Tikaram, The Brooks,

Buntspecht und Nik West. Am 31. Juli stehen Max Herre und Joy Denalane gemeinsam auf der Bühne, einen Tag später folgt Nils Landgren mit der Jenaer Philharmonie. Bosse, Mine und Sportfreunde Stiller dominieren den frühen August. Bereits ausverkauft sind Bosse, Sportfreunde Stiller und Von Wegen Lisbeth am 13. August. Fernab der großen Bühne entstehen besondere Momente. Die Rocket Men gastieren am 27. und 28. Juli im Planetarium, beide Shows vergriffen. Conic Rose treten am 11. August im Volksbad auf, LudoWic am 4. August im Trafo, Robag Wruhme legt am 22. August im Kassablanca direkt nach Kruder & Dorfmeister auf. Den Ausklang übernimmt am 23. August Luiku. An den Wochenanfängen läuft das Filmprogramm. Zu sehen sind unter anderem „Sinners“ in der Originalfassung, „Das Kanu des Manitu“, „La La Land“, „Der Teufel trägt Prada 2“, der Studio-Ghibli-Klassiker „Das wandelnde Schloss“ und „Jurassic Park“ auf großer Leinwand. Dazu kommt die unicono-Kurzfilmmacht am 18. August. Sonntags um 15.30 Uhr gehört der Vorplatz der KinderArena. Eröffnet wird am 19. Juli von der STÜBAphilharmonie, es folgen die Blindfische, die Compagnie Freikopf, Raketen Erna und Ich & Herr Meyer. Ergänzt wird das Programm durch Lesungen wie „Thüringenkrimi, Cash“ am 20. Juli oder „Glennkill“ am 26. Juli. Tickets gibt es über die Festivalsseite. Wer einen der populären Abende erleben möchte, sollte sich beeilen.

## 876 bis 2026: Kahla und 1150 Jahre bewegte Geschichte

**Kahla. (FS)** Sie wurde als „Calo“ in die Geschichte eingetragen und trägt ihren Namen heute in alle Welt: Die Stadt Kahla im Saaletal feiert in diesem Jahr ihr 1150-jähriges Bestehen. Die erste urkundliche Erwähnung datiert auf das Jahr 876, als der Ort dem Bischofsstuhl Zeit zu geordnet wurde. Seitdem hat sich die Kleinstadt zu einem lebendigen Gemeinwesen mit einer unverwechselbaren Geschichte entwickelt. Im Mittelalter wuchs Kahla dank seiner Lage an einer bedeutenden Saalefurt zu einem regionalen Handelsplatz heran. Die Stadtkirche St. Margarethen sowie die nahe gelegene Leuchtenburg, eine der markantesten Burgen Thüringens, stehen bis

heute als steinerne Zeugen dieser Zeit. Die Leuchtenburg diente über Jahrhunderte als Herrschaftssitz und ist heute ein beliebtes Ausflugsziel hoch über dem Saaletal. Das wohl prägendste Kapitel der neueren Stadtgeschichte beginnt im Jahr 1844: Christian Eckardt gründete damals eine Porzellanfabrik mit gerade einmal 20 Beschäftigten. Aus diesem bescheidenen Anfang erwuchs binnen weniger Jahrzehnte die größte Porzellanfabrik Thüringens und eines der bedeutendsten Porzellanunternehmen Deutschlands überhaupt. Berühmt wurden die Kahlaer Erzeugnisse vor allem durch das charakteristische Kobaltblau sowie das weitverbreitete Seriengeschirr mit Strohblumen- und Zwie-

belmusterdekor, das in unzähligen deutschen Haushalten Einzug hielt. In der DDR führte der Staat den Betrieb als Volkseigenen Betrieb weiter und baute Kahla zum Zentrum der gesamten ostdeutschen Porzellanindustrie aus. Dem Kombinat VEB Vereinigte Porzellanwerke Kahla gehörten bis 1979 insgesamt 17 Werke mit rund 18.000 Beschäftigten an. Nach der Wende 1990 folgte die Privatisierung durch die Treuhand, 1993 musste das Unternehmen erstmals Insolvenz anmelden. 1994 gelang ein Neustart als Kahla/Thüringen Porzellan GmbH, die sich mit innovativem Design, einem eigenen Nachhaltigkeitskonzept und mehr als 100 internationalen Designpreisen neu auf

dem Markt behauptete. Im Dezember 2024 begann das Unternehmen sein 180-jähriges Bestehen. Im Februar 2026 war erneut Insolvenz anzumelden. Als Gründe wurden schwache Auftragslage und gestiegene Kosten genannt, der Betrieb wird vorerst weitergeführt. Kahla gehört heute zum Saale-Holzland-Kreis und wird von Bürgermeister Jan Schönfeld geleitet. Die Stadt blickt auf ein reiches kulturelles Erbe zurück, das in diesem Jubiläumsjahr gebührend gewürdigt wird. Mit Engagement, einem starken Vereinsleben und einer breiten Bürgerschaft wird das Stadtjubiläum 2026 zu einem Fest für alle Generationen.

Man muss Auffassungen von Parteien oder deren Politiker nicht teilen, man muss diese Menschen auch nicht schätzen, aber man sollte doch, sofern man das Prinzip der Meinungsfreiheit im Besonderen und der Freiheit im Allgemeinen auch nur vage verstanden hat, in der Lage sein, Positionen, die man selbst nicht billigt, hinzunehmen – so etwas nennt man Toleranz, die allerdings unter den Menschen in diesem Land immer weniger anzutreffen ist. Nur kurz wollen wir anmerken, dass die wgv Schleiz GmbH, als konzern- und parteipolitisch unabhängiges Familienunternehmen, auch in Zukunft allen demokratisch gewählten Parteien im Bundestag und im Thüringer Landtag das Recht einräumen wird, in den Ausgaben der „BÜRGERZEIT aktuell“ ihre Meinung kundzutun. Diese muss nicht der Meinung des Verlages oder der Meinung unserer Leser entsprechen. Toleranz ist in diesen schwierigen Zeiten ein hohes Gut. Denken wir und Sie bitte immer daran.

## 91. INTERNATIONALES SCHLEIZER DREIECKRENNEN

**6 KLASSEN – 12 RENNEN  
3 TAGE MOTORSPORT PUR**

# SCHLEIZ

**12.06. – 14.06.2026**

Internationale Sidecar Trophy | Einladungsrennen Superbike & Supersport | HR Cup | German Twin Trophy | MZ Cup | Klassik-Bike

Tickets ab 20 €

Weitere Infos & Tickets auf <http://www.msc-schleizer-dreieck.de>



- » Rehatechnik
- » Kinderversorgung
- » Sanitätshaus
- » HomeCare-Service
- » Orthopädiotechnik
- » Orthopädieschuhtechnik

**WIR suchen SIE**  
für Eisenberg

Im Sanitätshaus ist noch Platz für Sie!



» **Mitarbeiter für unser Sanitätshaus (m/w/d, TZ/VZ) - Quereinsteiger möglich**

#### Unser Angebot:

- » ist eine abwechslungsreiche, anspruchsvolle Tätigkeit und eigenständiges, verantwortungsvolles Arbeiten im harmonischen Arbeitsumfeld eines Familienunternehmens, ein langfristiges Arbeitsverhältnis mit fachlichen Entwicklungsmöglichkeiten sowie individuelle und personengerechte Einarbeitung.
- » sind geregelte und flexible Arbeitszeiten in Teil- oder Vollzeit und ohne Wochenend-/Feiertagsdienst.
- » ist eine individuelle, strukturierte Einarbeitung:
- Ihre Aufgaben:**
- » Beratung und Versorgung unserer Kunden im Sanitätshaus
- » Anpassung, Abgabe und Verkauf von Hilfsmitteln
- » Unterstützung im Tagesgeschäft sowie organisatorische Aufgaben
- » selbstständiges, zuverlässiges und flexibles Arbeiten am Kunden

**Das passt? Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung!**  
Alippi GmbH, Frau Augner, Leipziger Str. 160, 08058 Zwickau oder per E-Mail bitte an: [bewerbung\\_sh@alippi.de](mailto:bewerbung_sh@alippi.de)

Selbstverständlich behandeln wir Ihre Bewerbung vertraulich.

[www.alippi.de](http://www.alippi.de)

**w g v Schleiz GmbH**  
Werbung, Gestaltung & Verlag



Wir suchen einen engagierten

### Telefonisten m/w/d

für den direkten Kontakt zu unseren Kunden.  
Quereinsteiger jeden Alters willkommen.  
Gut geeignet für Vorruheständler.

Sie haben Freude am Telefonieren und sind kommunikationsstark? Dann bereichern Sie gern unser Team.

Wir bieten Ihnen einen Voll- oder Teilzeit-Arbeitsplatz (auch auf Minijob-Basis möglich) bei der BÜRGERZEIT aktuell in Schleiz oder in Ihrem Homeoffice.

Interessiert? Dann bewerben Sie sich noch heute:

**wgv Schleiz GmbH**

Herr Grimm, Geraer Straße 12, 07907 Schleiz  
[w.grimm@wgvschleiz.de](mailto:w.grimm@wgvschleiz.de)

**Impressum BÜRGERZEIT aktuell**

MONATSZEITUNG für Jena

**Herausgeber:** wgv Schleiz GmbH  
Geraer Straße 12, 07907 Schleiz, Tel. 03663.4067582,  
Fax 03663.4065630

**Geschäftsführer:** Hjördis Grimm

**Auflage:** 29.726 Exemplare – POSTAKTUELL an Haushalte und Betriebe  
Die „Bürgerzeit aktuell“ erscheint in der Regel freitags ein- oder zweimal im Monat, Schieberecht an Feiertagen. Im Bedarfsfall können Einzelzeitschriften bei wgv Schleiz GmbH, 07907 Schleiz, Geraer Str. 12, zum Einzelpreis von 3,50 € inkl. Porto und MwSt. bezogen werden.

**Verantwortliche Leitung:** Hjördis Grimm

**Verantwortlicher Redakteur:**  
Friederike Schulz, Tel. 0157.57283701  
[kontakt@vafriederike.com](mailto:kontakt@vafriederike.com)

**Redaktionsschluss:** In der Regel 6 Tage vor Erscheinen.

**Anzeigenberater:** Bianka Enders, 03663.4066751, [b.enders@wgvschleiz.de](mailto:b.enders@wgvschleiz.de)  
**Satz:** wgv Schleiz GmbH  
Geraer Straße 12, 07907 Schleiz, Tel. 03663.4060211

**Druck:** Gedruckt in der Europäischen Union

**Verantwortlich für die kostenlose Verteilung:**

Deutsche Post AG, 53113 Bonn, Charles-de-Gaulle-Str. 20, Tel.: 0228 1820

Es gelten die Preislis... Nr. 18 vom 1. Mai 2026 und die Geschäftsbedingungen, die wir auf Anfrage Ihnen gern per Mail zusenden.

Für Schäden, die durch Druckfehler, fehlerbehaftete oder unterbliebene Eintragungen entstehen, wird nicht gehaftet. Nachdruck, Abdruck, fotomechanische Wiedergabe und jedwede elektronische Nutzung oder Vervielfältigung ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet. Für unverlangt eingesandene Manuskripte übernimmt der Verlag keine Verantwortung. Rücksendung nur bei Rückporto. Kommentare und Leserbriefe geben die Meinung des Verfassers wieder und keine Stellungnahme der Zeitung. Für den Inhalt der Anzeigen und Beilagen zeichnen die Auftraggeber verantwortlich. Wir arbeiten nach der Datenschutz-Grundverordnung der EU (DSGVO).

### Arbeitsmarkt im Saale-Holzland-Kreis:

## Quote stabil, viele Stellen offen

**Eisenberg. (FS)** Der Arbeitsmarkt im Saale-Holzland-Kreis zeigt sich zum Frühjahr 2026 weitgehend stabil. Im März sank die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen leicht auf 2.248 Personen, das sind 25 weniger als im Vormonat. Die Arbeitslosenquote blieb unverändert bei 5,2 Prozent und lag damit knapp über dem Vorjahreswert von 5,1 Prozent. Von den Arbeitslosen wurden 1.079 Personen durch die Agentur für Arbeit betreut, 1.169 über das Jobcenter, das damit 52 Prozent der Betroffenen begleitete. Im März meldeten sich 399 Menschen neu arbeitslos, 425 beendeten ihre Arbeitslosigkeit, darunter 157 durch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Die Unternehmen im Kreis meldeten 134 neue Stellen. Insgesamt sind derzeit 709 freie Stellen registriert, vor allem in den Bereichen Dienstleistungen, verarbeitendes Gewerbe, Gesundheits- und Sozialwesen, Handel sowie Bau.

Parallel dazu sind im öffentlichen Dienst des Landkreises mehrere Stellen zu besetzen. **Arzt oder Ärztin im Gesundheitsamt gesucht**  
Das Gesundheitsamt des Saale-Holzland-Kreises sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Ärztin oder einen Arzt für den amtsärztlichen und sozialpsychiatrischen Dienst. Die Vollzeitstelle ist unbefristet zu besetzen. Zu den Aufgaben gehören die Leitung des Sozialpsychiatrischen Dienstes, die Durchführung von Beratungen, Hausbesuchen und Kriseninterventionen sowie die Erstellung von Gutachten. Voraussetzung ist eine abgeschlossene Approbation

mit zweijähriger Erfahrung in einer psychiatrischen Einrichtung oder eine abgeschlossene Facharztweiterbildung in Psychiatrie und Psychotherapie beziehungsweise Kinder- und Jugendpsychiatrie. Die Vergütung erfolgt nach Entgeltgruppe E 15 des TVöD-VKA, zuzüglich einer monatlichen Fachkräftezulage von 1.000 Euro. Bewerbungen sind bis zum 31. August 2026 möglich, online oder schriftlich an: Saale-Holzland-Kreis, Landratsamt, Personal und Organisation, Postfach 13 10, 07602 Eisenberg. **Sachbearbeiter in der Eingliederungshilfe gesucht**  
Das Sozialamt des Saale-Holzland-Kreises besetzt zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine unbefristete Vollzeitstelle als Sachbearbeiter in der Eingliederungshilfe. Zu den Aufgaben zählen die Bearbeitung von Anträgen auf Eingliederungshilfe, Grundversicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt sowie die Widerspruchsbearbeitung. Gesucht werden Bewerber mit einer Hochschulbildung in Verwaltungs- oder Wirtschaftswissenschaften, einer Weiterbildung als Verwaltungsfachwirt oder einer abgeschlossenen Ausbildung als Verwaltungsfachangestellter mit mindestens zweijähriger Berufserfahrung im öffentlichen Dienst. Die Vergütung erfolgt nach Entgeltgruppe E 9 b des TVöD-VKA. Bewerbungen sind bis zum 29. Mai 2026 einzureichen, online oder schriftlich an: Saale-Holzland-Kreis, Landratsamt, Personal und Organisation, Postfach 13 10, 07602 Eisenberg.



Das Gesundheitsamt des Saale-Holzland-Kreises sucht zu nächstmöglichen Zeitpunkt einen Arzt oder Ärztin.

Foto: ChatGPT

## Konzerte und Musik Bad Klosterlausnitz lädt zum Sommerprogramm ein

**Bad Klosterlausnitz. (FS)** Wer in den kommenden Wochen klassische Musik, Blechbläserklang oder sommerliche Unterhaltung im Freien sucht, wird in Bad Klosterlausnitz fündig. Die Kurstadt bietet im Juni ein abwechslungsreiches Programm aus Konzerten und Abendmusiken, das Musikfreunde jeden Geschmacks ansprechen dürfte. Den Auftakt macht die Reihe „Sommerliche Abendmusik“ am 3. Juni 2026. Ab 18:30 Uhr erklingen in der Klosterkirche, Bad Klosterlausnitz Orgelwerke des frühen bis mittleren Barock unter dem Motto „Von Buxtehude bis Bach“. Am Instrument sitzt Ekkehard Schütz aus Jena. Der Eintritt ist frei. Eine Woche später, am 10. Juni 2026, setzt die Reihe mit einem ganz anderen Klangbild fort. Unter dem Titel „Summer Night“ gastiert das Blechbläserensemble Quinta Viva aus Jena ab 18:30 Uhr ebenfalls in

der Klosterkirche. Auch dieser Abend ist kostenlos zu erleben. Am 14. Juni 2026 verlagert sich das Konzertgeschehen ins Freie. Ab 14:30 Uhr tritt das Duo „Sylvia und Laurent“ auf der Kurparkbühne auf. Die beiden Künstler aus Thüringen verbinden musikalische Spielreue mit einem sommerlichen Ambiente im Kurpark. Den Abschluss des Programms bildet am 17. Juni 2026 die dritte „Sommerliche Abendmusik“ in der Klosterkirche, diesmal unter dem Titel „Trio und Solo: Streicher im Konzert“. Ab 18:30 Uhr sind gleich zwei Ensembles zu erleben: das Trio Miramare mit Julia Kleppe, Gabriel Diaz Weingard und Florens Hartmann sowie das Belvedere Streichtrio mit Judith Kaiser, Carlotta Schärf und Johanna Burkhardt aus Weimar. Der Eintritt ist auch hier frei.

**HEIZUNG • LÜFTUNG • SANITÄR**

**GREBENSTEIN HAUSTECHNIK GMBH**

**Servicemonteur/in bzw. Anlagenmechaniker/in (m/w/d) gesucht**

Komm in unser Team bei Grebenstein Haustechnik in Jena

Du suchst einen Job mit abwechslungsreichen Aufgaben, einem starken Team und Einsätzen ohne ewige Fahrzeiten?  
**Dann bist du bei uns genau richtig!**  
Wir von Grebenstein Haustechnik arbeiten überwiegend bei Privatkunden in der Region – persönlich, zuverlässig und auf Augenhöhe. Bei uns erwartest dich ein familiäres Arbeitsumfeld mit modernen Arbeitsmitteln und echten Entwicklungsmöglichkeiten.

**Das bieten wir dir**

- 📍 Einsätze überwiegend bei Privatkunden in der näheren Umgebung
- 👥 Familiäres Arbeitsklima mit hilfsbereiten Kollegen
- 👕 Moderne Berufsbeleidung
- 📱 Firmenhandy und bei Bedarf Tablet
- 📄 Unbefristeter Arbeitsvertrag
- 💰 Leistungsgerechte Bezahlung plus Weihnachtsgeld
- 📅 30 Tage Urlaub
- 🕒 38h Woche
- 🍷 Kostenlose Getränke
- 🎓 Weiterbildungsmöglichkeiten direkt beim Hersteller

**Bewirb dich jetzt!**

📧 Sende deine Bewerbung per E-Mail an: [post@grebenstein-haustechnik.de](mailto:post@grebenstein-haustechnik.de)

📧 oder per Post an: Grebenstein Haustechnik, Kahlaische Str. 31, 07745 Jena

📞 Telefonisch erreichst du uns unter: **03641 354844**

*Wir freuen uns darauf, dich kennenzulernen!*

## Ostthüringer Arbeitsmarkt zieht im April leicht an

**Jena. (AA)** Die Arbeitslosigkeit in Ostthüringen ist im April 2026 leicht gesunken. 23.109 Menschen waren arbeitslos gemeldet, 471 Personen weniger als im März, allerdings 215 mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote liegt damit bei 7,0 Prozent, einem Zehntel Prozentpunkt unter dem Vormonatsniveau. Vor einem Jahr hatte sie 6,9 Prozent betragen. „Der Frühlingsaufschwung sorgt für etwas frischen Wind auf dem Ostthüringer Arbeitsmarkt und lässt die Arbeitslosigkeit leicht sinken. Allerdings verhindern die anhaltenden Krisen weltweit einen wirklich spürbaren Aufschwung. Wir fahren sozusagen immer noch mit angezogener Handbremse und bei den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zeichnet sich so schnell keine wesentliche Verbesserung ab“, sagte Stefan Scholz, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Thüringen Ost. Zuversichtlich stimme ihn dennoch die höhere Nachfrage nach Arbeitskräften in der Region. Das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Konjunkturpaket sollte mittelfristig seine positive Wirkung auf dem Arbeitsmarkt entfalten.

Die Arbeitskräftenachfrage zieht an: Im April wurden 1.138 vakante Stellen neu gemeldet, 63 mehr als im Vormonat und 154 mehr als im April 2025. Insgesamt befinden sich 5.501 freie Stellen im Bestand der Arbeitsagentur, 792 mehr als vor einem Jahr. Die meisten offenen Stellen

gibt es in den Branchen wirtschaftliche Dienstleistungen, Gesundheits- und Sozialwesen, Verarbeitendes Gewerbe sowie freiberufliche und wissenschaftliche Tätigkeiten. Im vergangenen Monat meldeten sich 4.073 Personen arbeitslos, davon kamen 1.482 direkt aus Erwerbstätigkeit. Gleichzeitig beendeten 4.557 Menschen ihre Arbeitslosigkeit, 1.781 davon nahmen eine neue Stelle an. In der Grundsicherung sank die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Vorjahresvergleich um 1.095 auf insgesamt 21.579. Die Zahl der betreuten erwerbsfähigen Bürgergeldberechtigten ging um 1.514 Personen auf 27.732 zurück. Im regionalen Vergleich zeigt sich ein gemischtes Bild. In Gera waren im April 4.927 Menschen arbeitslos gemeldet, 109 weniger als im März, aber 136 mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote

liegt bei 10,5 Prozent. 120 Stellen wurden neu gemeldet, 848 befinden sich im Gesamtbestand.

In Jena stieg die Arbeitslosigkeit gegen den regionalen Trend. 3.744 Menschen waren arbeitslos gemeldet, 75 mehr als im März und 309 mehr als vor einem Jahr. Die Quote liegt bei 6,5 Prozent, einem Zehntel Prozentpunkt über dem Vormonatsniveau. 252 Stellen wurden neu gemeldet, insgesamt 1.104 befinden sich im Bestand der Arbeitsagentur. Im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt sank die Zahl der Arbeitslosen auf 3.204, 136 weniger als im März und 57 weniger als im Vorjahresmonat. Die Arbeitslosenquote betrug 6,2 Prozent. 164 Stellen wurden neu gemeldet, 683 befinden sich aktuell im Bestand. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ging im Vorjahresvergleich um 286 auf 2.911 zurück, ein Rückgang von 9 Prozent.



Der Ostthüringer Arbeitsmarkt bewegt sich im April 2026 kaum vom Fleck: Die Arbeitslosigkeit sinkt zwar leicht auf 7,0 Prozent, liegt aber nach wie vor über dem Vorjahresniveau. Einen Lichtblick bildet die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften in der Region. Foto: Pixabay

Jetzt schon an den Kalender für das nächste Jahr denken

ERHÄLTlich IN SCHLEIZ BEI:

Buchhandlung im Teehaus, Elektro Munzert, Presseshop im Kaufland Schleiz, EDEKA, Museum „motorwelt Schleizer Dreieck“, Stadt-Information „Alte Münze“, STAR-Tankstelle

ERHÄLTlich IM LANDKREIS GREIZ BEI:

Presseshop im Kaufland Zeulenroda, Bücherstube Zeulenroda, Schleizer Landbäckerei (Diska) Zeulenroda, Schleizer Landbäckerei (Diska) Triebes, ARAL Tankstelle Pausa

ODER

w g v Schleiz GmbH  
Werbung, Gestaltung & Verlag  
Wir punkten mit Kompetenz, Vertrauen und Zuverlässigkeit.

Geraer Straße 12, 07907 Schleiz  
Tel. 03663.4067582  
[f.brossmann@wgvschleiz.de](mailto:f.brossmann@wgvschleiz.de)

## In die Postmappe geschaut

Ein Land, das von Banken beherrscht wird, wird stets in Schulden leben



Ein Gesundheitssystem, das der Pharmaindustrie dient, wird niemals heilen



Ein Staat, der vom Krieg lebt, wird den Frieden nie kennen



Eine Nation, die von den Medien gelenkt wird, wird die Wahrheit nie erfahren



Das ging schnell. Das „reiche Land“ ist umgebaut.

Nicht nur der Bund ist finanziell am Ende, noch viel schlimmer trifft es die Städte und Gemeinden. Die Defizite erreichen Rekordhöhen und führen nicht nur zur Streichung vieler Leistungen, sondern zu purer Verzweiflung. Wie die EpochTimes berichtet, ist zum Beispiel die 50.000-Einwohner-Stadt Rastatt in Baden-Württemberg finanziell erledigt. Die Industrie und die Unternehmen erzielen keine Gewinne mehr. Die Folgen sind fatal: die Einnahmen aus der Gewerbesteuer gingen allein in Rastatt von 100 Millionen €

auf 300.000 € zurück. Die Stadt muss die geleisteten Vorauszahlungen der Unternehmen nun auch noch zurückzahlen. Deindustrialisierung durch die Klimawende, gigantische Kosten durch die Zuwanderung, Vollversorgung für jeden Fremden. Das hinterlässt Spuren. Dass es so schnell gehen würde, übertrifft mit Sicherheit auch Habecks kühnste Erwartungen. Aber es ist ja noch längst nicht zu Ende. Der Umbau des „reichen Landes“ geht ungebremst weiter.

Michael Hauke

## Die GEZ vor dem Ende

Von Michael Hauke

Die Einseitigkeit von ARD und ZDF und deren politisch motivierte Fälschungen sorgen für Verdross. Dass diese Unausgewogenheit von jenen bezahlt werden muss, die vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausgegrenzt und – nicht nur in den Corona-Jahren – täglich verhetzt werden, steigert den Unmut weiter. Es verweigern immer mehr Menschen die Zahlung. Zwischen 2020 und 2024 (aktuellere Daten liegen nicht vor) hat sich die Zahl der im Mahnwesen befindlichen Beitragskonten auf knapp vier Millionen verdoppelt. Aber 90 Prozent der Haushalte zahlen noch immer pünktlich. Der Tenor lautet: Man kann eben nichts machen. Wirklich nicht? Das Finanzierungssystem von ARD und ZDF kam noch nie so ins Wanken wie zurzeit. Denn inzwischen gibt es zwei höchstgerichtliche Urteile, die die Selbstbedienung des ÖRR deutlich erschweren. Das Bundesverwaltungsgericht und der Bundesgerichtshof haben Wege aus dem Zwangsbeitragsystem und aus der automatisierten Vollstreckung aufgezeigt. Hinzu kommt, dass die AfD im Falle eines Wahlsieges bei den Landtagswahlen im September versprochen hat, sowohl in Sachsen-Anhalt als auch in Mecklenburg-Vorpommern den Rundfunkstaatsvertrag zu kündigen.

Der Reihe nach: Am 15.10.2025 (Az. 6 C 5.24) hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden, dass der Beitragszahler nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte hat. Das Bundesverwaltungsgericht koppelt die Zahlungsverpflichtung nämlich erstmalig an die Einhaltung des Auftrages. Der Rundfunkbeitrag wird dann verfassungswidrig, so das Bundesverwaltungsgericht, wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk über längere Zeit „gröblich“ gegen Vielfalt und Ausgewogenheit verstößt.

Das Problem liegt in der Beweisführung. Für einzelne Haushalte ist es unmöglich,

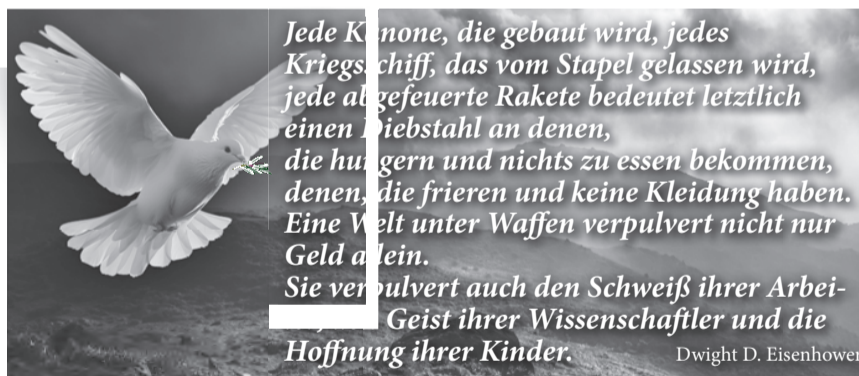
den Nachweis über fehlende Ausgewogenheit und politische Einseitigkeit zu erbringen, auch wenn der bloße Augenschein dem Bürger recht zu geben scheint. Das Gericht hat klare Beweise gefordert: Mindestens zwei Jahre Programmbeobachtung, wissenschaftlich fundierte Analysen, empirische Nachweise für Einseitigkeit, Framing und Auslassung. Und genau daran arbeiten inzwischen Medienforscher, Datenanalysten und Rechtsanwälte unter dem Dach der Freiheitskanzlei, die die Seite [beitragsstopper.de](https://www.beitragsstopper.de) betreibt. Auf dieser Webseite finden sich Informationen zum Gutachten und Hilfe für GEZ-Verweigerer. Diese erhielten nun weitere Unterstützung vom Bundesgerichtshof. Der stoppte nämlich mit Urteil vom 26.02.2026 (VII ZB 29/24) die automatisierte Vollstreckung, indem er feststellte, dass das Vollstreckungsersuchen unwirksam ist, wenn die elektronische Signatur nicht erkennen lässt, wer tatsächlich die Verantwortung trägt. Es reicht nicht aus, dass der Name des Intendanten eingefügt wird, wie bislang geschehen. Es muss ein persönlich verantwortlicher Sachbearbeiter bzw. Teamleiter unter dem Vollstreckungsersuchen stehen. Bitte nicht verwechseln mit einer Unterschrift. Die ist – wie bei allen öffentlichen Bescheiden – trotz anderslautender Gerüchte für die Wirksamkeit vor Gericht nicht erforderlich. Es muss aber deutlich sein: Welche konkrete Person hat den Inhalt geprüft und verantwortet. Das macht die Vollstreckung ab sofort erheblich komplizierter. In dem konkreten Fall, der vor dem BGH landete, ging es um folgendes: Der Bayerische Rundfunk wollte vollstrecken, das Dokument wurde elektronisch versandt, darunter stand der Name der Intendantin, verschickt hat es aber jemand anderes.

Nun könnte man denken: dann ändern die das einfach. Aber so einfach ist das nicht. Die Automatisierung der Vollstre-

ckung ist futsch. Bei einigen wenigen Fällen wäre das nicht dramatisch, aber es geht um Millionen Verfahren. Schon jetzt sorgt die Überlastung von „Beitragservice“ und Behörden dafür, dass von den aktuell 1,23 Millionen Vollstreckungen nur wenige wirklich mit einer Pfändung enden. Das Prinzip der Abschreckung gegen potentielle Verweigerer verliert zunehmend seinen Schrecken, was zu weiteren Verweigerern führen wird, was wiederum das systemische Problem für ARD und ZDF vergrößert.

Und weiteres Ungemach droht. Sowohl in Sachsen-Anhalt als auch in Meck-Pomm könnte die AfD nach den Wahlen im September den Ministerpräsidenten stellen. Die jeweiligen Spitzenkandidaten haben versprochen, den Rundfunkstaatsvertrag zu kündigen. Die Kündigungsfrist beträgt zwar zwei Jahre, aber es wird zu weiteren Zahlungsausfällen kommen, weil viele sofort ihren Beitrag stoppen werden. Zwangsläufig wird das auf andere Bundesländer überschwappen. Allein die dann entstehende Masse von Mahnverfahren ist für den „Beitragservice“ nicht mehr händelbar; von Vollstreckungen ganz zu schweigen. Und auf der anderen Seite stehen die Bürger nicht mehr allein, sie haben die Unterstützung großer Initiativen wie [beitragsstopper.de](https://www.beitragsstopper.de), die mit hochkarätigen Juristen arbeiten, die die Erfolge vor dem Bundesverwaltungsgericht und dem BGH erstritten haben. Diese Urteile werden mittelfristig das Ende des Zwangssystems herbeiführen. Die Hetze und die Ausfälle eines Jan Böhmmermann, die ich am eigenen Leibe erfahren durfte, oder die Fakenews einer Dunja Hayali wird es weiter geben, aber immer weniger werden dafür bezahlen.

Ich habe übrigens schon damit angefangen. Je mehr es tun, desto unmöglicher wird es, dieses Zwangssystem aufrechtzuerhalten.



Dwight D. Eisenhower

## Außer, man ist Deutscher

Von Michael Hauke

Vorsicht! Wenn die Regierung von „Reformen“ redet, dann bedeutet das immer eine finanzielle Mehrbelastung der Menschen. Eine Steuerreform wird nie für Mindereinnahmen des Staates sorgen, sondern immer für eine Mehrbelastung der Bürger. Denken Sie nur an die Grundsteuer-„Reform“. Auch die Einkommensteuer (Stichwort: Spitzensteuersatz) und die Erbschaftsteuer stehen vor einer „Reform“. Das wird unter dem Motto „Gerechtigkeit“ verkauft. Neid war schon immer das beste Argument.

Auch bei der Mehrwertsteuer soll reformiert werden: um mindestens zwei Prozentpunkte soll es nach oben gehen, vielleicht auch um mehr. Im Koalitionsvertrag steht übrigens, dass es keine neuen Steuererhöhungen geben wird. Aber die Wahrheit, die zu allerletzt in einem Koalitionsvertrag zu finden ist, dürfte sich rasch ändern. Die CO<sub>2</sub>-Abgabe, die defacto eine Klimasteuer ist, erhöht sich jedes Jahr. Seit ihrer Einführung im Jahr 2021 hat sie sich von 25 Euro pro Tonne auf 55 bis 65 Euro mehr als verdoppelt, was Öl, Gas, Benzin und Diesel deutlich verteuert. In Aussicht steht kurzfristig eine Erhöhung auf 120 Euro – bei strenger „Klimapolitik“ noch mehr, auf bis zu 240 Euro. Dafür, dass es auch nach Ende des Iran-Krieges keine Entlastung für den deutschen Autofahrer gibt, sorgt die Regierung. Wenn sich jemand über hohe Kraftstoffpreise freut, dann der Staat. Er hat in den vergangenen zwei Monaten rund eine Milliarde Euro mehr an Steuern auf Benzin und Diesel eingenommen. Natürlich hat die Regierung kein Interesse an „Obergrenzen“ oder gar fallenden Spritpreisen. Die jetzige Situation bedeutet ein sattes Plus. Und trotzdem ist für nichts Geld da. Außer für die Versorgung von Geflüchteten, wie Asylanten heute genannt werden. Diese Gruppe ist bei allen Sparmaßnahmen ausdrücklich ausgenommen.

Das gilt auch für die Gesundheits-„Reform“, die uns ins Haus steht. Sie wird für erhebliche Zuzahlungen und Leistungsstreichungen sorgen. Auch hier werden „Geflüchtete“ nicht betroffen sein. Ich habe das mit ChatGPT diskutiert, während ich diesen Artikel schrieb. Bei jeder meiner Fragen in diese Richtung erschien ein rotes Banner: „Dieser Inhalt verstößt möglicherweise gegen unsere Nutzungsrichtlinien.“ Nachdem Fragen nach der Versorgung von Geflüchteten gelöscht (!) wurden, weil sie gegen die Nutzungsrichtlinien verstießen, stellte ich ChatGPT folgende Frage: „Gibt es ein Land auf der Welt, in dem ich als Deutscher, der dorthin ohne Einkommen ausgewandert

ist, alles bezahlt bekomme, wenn ich krank werde?“ Die Antwort der KI lautete: „Kurz gesagt: Nein – kein reguläres Gesundheitssystem eines anderen Landes bietet dir als dauerhaft eingewandertem Ausländer ohne Einkommen eine umfassende, dauerhaft kostenlose Vollversorgung wie eine Art automatisches Rundum-Gesundheitspaket.“ Wenn ich aber nach der Situation des Rundum-Gesundheitspakets für Migranten in Deutschland frage, verstößt das „gegen unsere Nutzungsrichtlinien.“ Ich erzähle Ihnen das deshalb, weil es ein Schlaglicht darauf wirft, wie die Diskussion geführt wird. Deutsche, die ein Leben lang eingezahlt haben, sollen im Sinne des Solidarprinzips erhöhte Zuzahlungen und Leistungskürzungen hinnehmen. Sogar die Mitversicherung von Ehegatten und Kindern soll entfallen. Forderungen nach denselben Kürzungen bei den Leistungen für Millionen Ausländer wie bei den Deutschen sind jedoch tabu.

Auch die „Sozialabkommen“ mit 21 verschiedenen Ländern weltweit werden nicht angetastet. Die Gesundheitsversorgung von z.B. in der Türkei oder auf dem Balkan lebenden Angehörigen, also Kindern und Ehefrauen, und sogar Eltern, bleibt bestehen. Wir zahlen die medizinische Vollversorgung von kostenlos mitversicherten Menschen sonst wo auf der Welt. Gleichzeitig soll die Beitragsfreiheit von mitversicherten Angehörigen in Deutschland gestrichen werden. Dazu passt, dass Deutschland Kindergeld in Höhe von mehr als einer halben Milliarde Euro pro Jahr ins Ausland zahlt. Auch das wird nicht angetastet.

Dasselbe gilt für Geflüchtete, die entweder Bürgergeld beziehen oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz versorgt werden: für sie ändert sich nichts. Sie zahlen keine Beiträge und auch keine Zuzahlungen. Das gilt natürlich auch für Deutsche, die erwerbslos sind, aber der Unterschied besteht darin, dass dieses Sozialprinzip einst für sie geschaffen wurde und nicht für Menschen aus aller Herren Länder.

Sprechen Sie mal mit Menschen, die im Krankenhaus arbeiten. Teure Operationen von extra hergebrachten Ausländern kennt jeder. Ohne Beiträge, ohne Zuzahlungen. Die größten Pull-Faktoren für die Masseneinwanderung bleiben bestehen. Daran wird nichts geändert. Was geändert wird, sind die Leistungen und Zuzahlungen derjenigen, „die schon länger hier leben“, wie Merkel die Deutschen nannte. Von Merkel stammt auch die CDU-Kampagne „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben!“ Man möchte erlächeln: Es sei denn, man ist Deutscher.

## Sippenhaft 2026: Wie man Kandidaten zum Schweigen bringt

In autoritären Staaten exekutieren meist Geheimdienste den Terror gegen „Abweichler“, bis diese kapitulieren – oder im Kerker verschwinden. In der Bundesrepublik 35 Jahre nach der Wiedervereinigung sind solche Institutionen nicht nötig: Es gelang, eine Atmosphäre zu schaffen, in der „Abweichter“ auch ohne Geheimdienste eingeschüchtert werden. Genau wie die DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley einst vorhersagte – dazu unten mehr.

Das waren meine ersten Gedanken, als ich die neueste Nachricht aus Nienburg las. Ein 74-jähriger Rentner kandidierte dort legal für eine legal zugelassene Partei für ein lokales Gremium. Sie dürfen dreimal raten, für welche. Und nicht irgendwo auf der Liste: als Spitzenkandidat. Was passierte? Seine Söhne werden bestraft. Nicht er – sie. Kunden stornieren Reservierungen in ihren Restaurants, obwohl diese mit

der Kandidatur des Vaters rein gar nichts zu tun haben. Das ist kein spontaner Boykott aus Überzeugung – das ist existenzbedrohende soziale Disziplinierung, um den Vater über die Vernichtung der Kinder zu brechen. Und es hat funktioniert. Perfekt.

### Sippenhaft 2026

Der Sohn veröffentlicht einen Unterwerfungstext auf Instagram, der Vater widerruft, kündigt seine Mitgliedschaft, zieht sich in den Ruhestand zurück. Der Laden läuft wieder. Alle sind zufrieden. Und niemand nennt es, was es ist: zivilgesellschaftliche Erpressung, die eine Kandidatur für eine im Bundestag sitzende Oppositionspartei de facto unmöglich macht, wenn man Familie hat. Das Perfide daran: Es braucht keine Staatsgewalt. Kein Verbot, keine Verhaftung, keinen Paragrafen. Es reicht die Drohung wirtschaftlicher Vernichtung. Das ist sogar effizienter

als staatliche Repression – weil man hinterher die Legende vom „freiwilligen Rückzug“ stricken kann. Wenn ein Chinese in Peking aus Angst um seine Familie eine Kandidatur zurückzieht, nennt man das Einschüchterung durch ein autoritäres System. Wenn es in Niedersachsen passiert, schreibt „Focus Online“ einen neutralen Bericht. So als sei all das die normalste Sache der Welt.

Und die Lokalzeitung „Die Harke“ freut sich riesig und macht sich noch lustig über das Opfer: „Jetzt bekommt die gesamte Familie offenbar die Quittung für die Kandidatur in einer Partei, die wegen ihrer Gesinnung unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht: Reservierungen in den Restaurants der Söhne werden gecancelt. Das war zu erwarten. Denn wer so naiv ist und denkt, dass bei der Ankündigung einer Spitzenkandidatur für eine Partei, für die es nur Schwarz oder Weiß gibt,

der große Boykott ausbleibt, der hat nichts verstanden.“ Die Überschrift über dem Artikel in der Zeitung, zu deren Miteigentümern die SPD gehört – ohne dass die Leser das ahnen, wie bei so vielen Zeitungen in Deutschland: „Unüberlegte und naive Entscheidungen haben ihren Preis: Den zahlt jetzt die Familie.“

### Blankes Entsetzen

Ich musste diesen Satz mehrmals lesen. Nicht weil er unverständlich wäre – sondern weil ich nicht glauben wollte, was ich da las. Ein Journalist einer deutschen Lokalzeitung schreibt, im Jahr 2026, 35 Jahre nach dem Ende der DDR, dass eine Familie „die Quittung bekommt“ – weil der Vater legal kandidiert hat. Nicht für eine verbotene Organisation. Nicht für eine kriminelle Verdrainung. Für eine Partei, die im Deutschen Bundestag sitzt, von Millionen Deutschen gewählt wurde, und deren Kandi-

datur so legal ist wie die jeder anderen Partei auch.

Was der Journalist hier betreibt und billigt, hat einen Namen: Sippenhaft. Es ist eines der dunkelsten Prinzipien, die Deutschland kennt – die Bestrafung von Angehörigen für die Taten oder auch nur die Gesinnung eines Familienmitglieds. Dass er es nicht nur beschreibt, sondern als selbstverständliche Konsequenz feiert – „Das war zu erwarten“, „hat nichts verstanden“ – das ist kein Journalismus. Das ist die Stimme eines Systems, das sich selbst für so legitim hält, dass es seine Einschüchterungsmechanismen offen ausstellen kann.

Und jetzt kommt Bärbel Bohley. Die Frau, die in der DDR im Gefängnis saß, die Stasi aus nächster Nähe kannte und 1991 – ein Jahr nach der Wiedervereinigung – folgendes sagte:

„Alle diese Untersuchungen, die gründliche Erforschung

der Stasi-Strukturen, der Methoden, mit denen sie gearbeitet haben und immer noch arbeiten, all das wird in die falschen Hände geraten. Man wird diese Strukturen genauestens untersuchen – um sie dann zu übernehmen. Man wird sie ein wenig adaptieren, damit sie zu einer freien westlichen Gesellschaft passen. Man wird die Störer auch nicht unbedingt verhaften. Es gibt feinere Möglichkeiten, jemanden unschädlich zu machen. Aber die geheimen Verbote, das Beobachten, der Argwohn, die Angst, das Isolieren und Ausgrenzen, das Brandmarken und Mundtotmachen derer, die sich nicht anpassen – das wird wiederkommen, glaubt mir. Man wird Einrichtungen schaffen, die viel effektiver arbeiten, viel feiner als die Stasi. Auch das ständige Lügen wird wiederkommen, die Desinformation, der Nebel, in dem alles seine Kontur verliert.“ Das sagte sie 1991. Vor 35 Jah-

ren. „Man wird die Störer auch nicht unbedingt verhaften. Es gibt feinere Möglichkeiten, jemanden unschädlich zu machen.“

Enzo Vazzano, 74, Rentner, Nienburg, 2026. Unschädlich gemacht. Ohne Verhaftung. Ohne Paragraf. Durch Restaurantbuchungen. Bärbel Bohley hatte recht. Das ist das Deutschland, in dem wir leben. Was früher die Geheimdienstkeller waren, sind heute Restaurantbuchungen. Es ist nicht weniger gespenstig. Im Gegenteil. Es ist noch gespenstiger. Weil es – anders als damals – so viele nicht merken. PS: Medien wie die „Harke“ gehören der SPD. Ich nicht. Ich gehöre nur meinen Lesern. Unabhängiger Journalismus kostet – und hat keinen Konzern im Rücken. Wenn Ihnen solche Artikel etwas wert sind – hier können Sie Ihre Wertschätzung zeigen. Sie ist für mich die größte Motivation. Herzlichen Dank.



# BLAUER MUT

## Der Staat als Wegelagerer

Mehr zum Thema:



Die Preise an der Zapfsäule steigen, und einer freut sich jedes Mal mit: der Staat. Während Pendler, Familien und Handwerker jeden Euro zweimal umdrehen müssen, laufen die Einnahmen in Berlin wie von selbst. Über 60 Prozent von dem, was Sie für Benzin oder Diesel zahlen, sind Steuern und Abgaben. Energiesteuer, CO<sub>2</sub>-Abgabe und obendrauf noch Mehrwertsteuer – sogar auf die Steuern selbst. Kein Witz, sondern politisch gewollte Realität. Je teurer der Sprit, desto mehr verdient der Staat. Da braucht man sich nicht zu wundern, dass echte Entlastungen ausbleiben oder immer nur halbherzig daherkommen. Die Krise ist für viele ein Problem – für den Staat ist sie längst ein Geschäftsmodell geworden. Das System dahinter ist simpel, aber effektiv. Erst wird kräftig abkassiert, dann wird auf das Abkassierte noch mal kassiert.

Diese »Steuer auf die Steuer« bringt Jahr für Jahr Milliarden. Beim Tanken gehen teilweise über 1,40 Euro pro Liter direkt an den Staat. Beim Strom sieht es ähnlich aus, auch da ist mehr als die Hälfte politisch gemacht und nicht einfach vom Himmel gefallen. Besonders bitter: Wer wenig hat, zahlt am Ende prozentual mehr. Energie ist kein Luxus, son-

### Bittere Wahrheit: Die Regierung will nicht, dass Energie billig wird!

num erzwungen. Die Vorschläge sind klar und liegen schwarz auf weiß vor: CO<sub>2</sub>-Abgabe weg, Energiesteuer runter, Mehrwertsteuer runter. Dann wären Spritpreise von rund 1,46 Euro möglich. Also nichts Unmögliches, kein Wunschdenken, sondern eine Frage des politischen Willens und der Prioritäten. Nur: Dieser Wille fehlt. Die anderen Parteien hören weg, reden drum herum oder vertrösten auf irgendwann. Kein Wunder, schließlich profitiert die Regierung selbst von den hohen Preisen und den sprudelnden Einnahmen. Und dann sind da noch die Ursachen, über die kaum jemand ehrlich spricht: Sanktionen gegen Russland, die Deutschland massiv schaden und die Energie

künstlich verteuern, und der Krieg im Nahen Osten. Zudem eine Energiepolitik, die seit Jahren auf Ideologie setzt statt auf Versorgungssicherheit und Vernunft. Am Ende müssen es immer die Bürger bezahlen – an der Zapfsäule, bei der Heizkostenabrechnung und beim täglichen Einkauf. Die Stimmung kippt. Viele erkennen inzwischen: Der Druck entsteht nicht nur durch äußere Krisen, sondern auch durch Probleme, die im Inneren gewachsen sind. Wer jeden Tag fahren muss, hat keine Alternative. Wer heizen muss, kann nicht verzichten. Genau darauf baut dieses System. Der Staat kassiert mit, immer und überall, leise und zuverlässig. Und während oben gerechnet wird, wird unten gespart. Am Ende bleibt nur eine Frage: Wie lange lassen sich die Leute das noch gefallen?

Björn Höcke

### 10 Jahre Blauer Mut

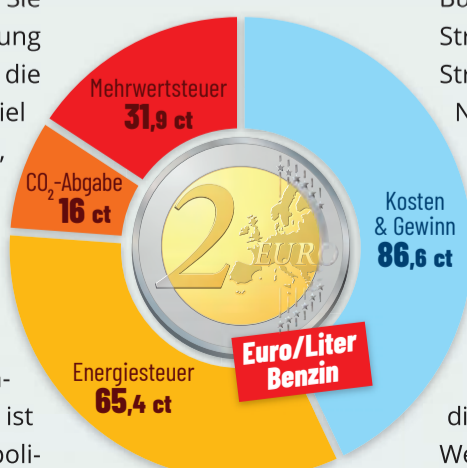
Seit zehn Jahren erscheint unser »Blauer Mut«. Der Titel war damals bewusst gewählt. Wir wussten, dass es viel Mut kosten würde dem vergifteten Meinungsklima in Deutschland die Stirn zu bieten. Heute sind wir auf dem Weg zur parlamentarischen Mehrheit in Thüringen, wahrscheinlich auch weil unsere Fraktionszeitung regelmäßig in hunderttausendfacher Auflage aktuelle politische Themen in aufklärerischer Absicht in die Thüringer Haushalte trägt. Im »Blauen Mut« erhalten Sie unzensurierte Fakten zu allen Politikfeldern und Sie erfahren, was unsere Fraktion in der alltäglichen Parlamentsarbeit leistet, um gegen unkontrollierte Migration, unverantwortliche Energiepolitik und die Vernachlässigung des Bildungssektors vorzugehen. Dafür stehen wir ein: Für Transparenz und Bürgernähe. Wir freuen uns, wenn Sie unsere Arbeit noch viele weitere Jahre begleiten und unterstützen. Gerne auch indem Sie diese und die nächsten Ausgaben des »Blauen Muts« an Interessierte weitergeben – nur Mut!



Kommentar von Björn Höcke

### Der Staat kassiert bei teuren Spritpreisen mit – und zwar kräftig!

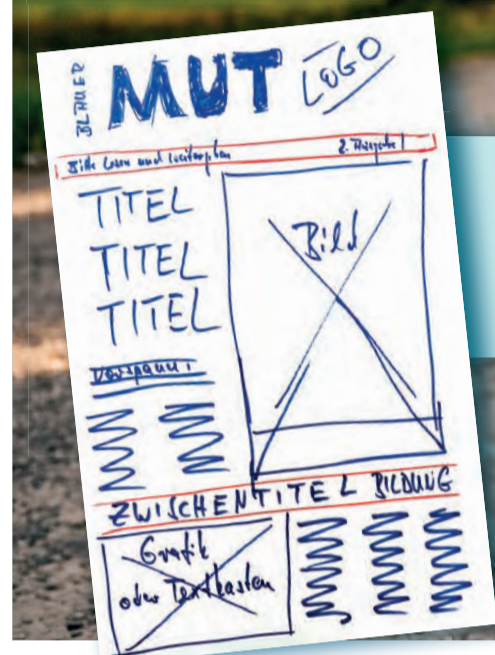
Energiepreise fallen nicht vom Himmel. Sie entstehen am Markt, aber auf der Rechnung der Bürger wird daraus ein Preis, bei dem die Politik am Ende immer die Finger im Spiel hat. Natürlich spielen Weltmarktpreise, Krisen, Angebot und Nachfrage eine Rolle. Genau darauf verweist die Bundesregierung besonders gern, weil es so bequem nach »äußeren Umständen« klingt. Dazu kommen Beschaffung, Vertrieb, Netze, Messung, Infrastruktur und Unternehmensmargen. Der entscheidende Punkt ist aber: Ein erheblicher Teil des Preises ist politisch bedingt. Seit dem Atomausstieg zahlen



Bürger und Unternehmen spürbar mehr für Strom. Und der Preis endet nicht beim Markt: Stromsteuer, Konzessionsabgabe, Offshore-Netzzulage und Mehrwertsteuer treiben die Rechnung zusätzlich nach oben. Bei Gas, Heizöl, Benzin und Diesel kommen Energiesteuer, CO<sub>2</sub>-Preis und ebenfalls Mehrwertsteuer dazu.

So sitzt der Staat bei der Energierechnung mit am Tisch. Er treibt die Preise nach oben, kassiert beim Endpreis und profitiert über die Mehrwertsteuer von steigenden Kosten. Wer Energie politisch verteuert, soll soziale Härten nicht beklagen. Er hat sie mitverursacht.

# 10 Jahre »Blauer Mut«



Layout-Entwurf  
der zweiten  
Ausgabe unserer  
Fraktionszeitung



Zehn Jahre sind in der Politik eine lange Zeit. Regierungen kommen und gehen, Themen wechseln, Empörungen flackern auf und verschwinden wieder. Dass etwas bleibt, ist selten. »Blauer Mut« gehört zu den Dingen, die geblieben sind – als eine Art Gegenstrom zum Monopol der Funke-Medien in Thüringen. Diese Zeitung war nie dafür gedacht, nur zu berichten. Sie war von Anfang an Einspruch: gegen politische Entscheidungen, gegen gefährliche Entwicklungen, gegen ein Klima der Einschüchterung. Ihr Anspruch ist Mut zur Wahrheit und Aufklärung, auch dann, wenn es unbequem wird. Die Corona-Sondernummer gegen die Angstpropaganda hat genau das gezeigt. Und ja: Wir haben recht behalten. Wer durch die Ausgaben blättert, merkt schnell: Es geht immer wieder um das gleiche Grundgefühl. Dass Politik sich entfernt. Dass Entscheidungen über Köpfe hinweg getroffen werden. Dass das, was als selbstverständlich verkauft wird, für viele längst nicht mehr selbstverständlich ist. Momente wie die politische Krise um die Ministerpräsidentenwahl haben dieses Gefühl verstärkt. Plötzlich stand nicht mehr nur eine Entscheidung im Raum, sondern die Frage, wie belastbar demokratische Abläufe eigentlich noch sind.

Ein zweiter roter Faden zieht sich ebenso hartnäckig durch all die Jahre: die Frage nach Identität. Wer gehört dazu, wer wird gehört, wer wird übergangen? Die Diskussion über Zuwanderung ist dabei weniger ein Einzelthema als ein Symbol für etwas Größeres. Für die Sorge, dass politische Prioritäten sich verschieben – weg von den Interessen der Deutschen, hin zu abstrakten Konzepten und globalen Versprechen.

Und es geht um den Ton in der Politik. Wer widerspricht, wird heute nicht mehr widerlegt, sondern sofort als »rechtsradikal« etikettiert. Aus Kritik wird

schnell »gefährlich« – und so ersetzt politische Ausgrenzung die Debatte und das Argument.

Genau hier wirkt der »Blauer Mut«. Nicht als Vermittler, nicht als neutraler Beobachter. Sondern als dauerhaftes Störsignal. Eine Stimme, die sagt: Hier läuft etwas schief – und wir hören nicht auf, darauf hinzuweisen.

Denn eines hat sich in diesen zehn Jahren ebenfalls gezeigt: Widerspruch hat seinen Preis. Wer gegen den Strom schwimmt, wird selten beklatscht. Stattdessen gibt es Gegenwind, Kritik und Beschimpfungen. Doch genau daran entscheidet sich, ob

eine Stimme Substanz hat – oder nur so lange spricht, wie es bequem ist. »Blauer Mut« hat sich bewusst für den unbequemen Weg entschieden.

Es geht dabei nicht nur um einzelne politische Entscheidungen. Es geht um die Richtung eines Landes. Um die Frage, ob Politik noch den Menschen dient – oder doch ganz anderen Interessen.

Viele spüren, dass etwas aus dem Gleichgewicht geraten ist. Dass Sicherheit, Wohlstand und Zusammenhalt keine Selbstverständlichkeiten mehr sind, sondern zunehmend unter Druck stehen.

Gerade deshalb braucht es Stimmen, die nicht sofort verstummen, wenn der Gegenwind stärker wird. Stimmen, die auch dann bleiben, wenn es ungemütlich wird. Stimmen, die nicht den einfachsten Weg gehen, sondern den notwendigen. Vielleicht liegt genau darin der eigentliche Sinn dieses Projekts: nicht recht zu behalten, sondern nicht aufzugeben.

Denn am Ende entscheidet nicht die Lautstärke, sondern die Ausdauer. Und wer zehn Jahre durchhält, hat gezeigt, dass es ihm ernst ist.

Björn Höcke

## Remigration als politische Lösung für Thüringen

Seit 2015 hat sich Deutschland verändert, und auch Thüringen spürt die Folgen jeden Tag. Die Kosten für Unterbringung, Versorgung, Gesundheit und Integration steigen.

Wohnraum wird knapper, Schulen geraten unter Druck, Kommunen werden überfordert. Wer diese Entwicklung benennt, beschreibt keine Stimmung, sondern die Realität.

Ende 2024 lebten in Thüringen fast 188.000 ausländische Staatsangehörige. Darunter waren Schutzberechtigte, Ukrainer, Asylbewerber im laufenden Verfahren und Menschen ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht. Genau hier beginnt die notwendige Klarheit: Asyl, Kriegsflucht, Arbeit, Ausbildung und illegale Migration dürfen nicht länger vermischt werden. Wer arbeiten, sich integrieren und rechtmäßig hier leben will, gehört nicht in denselben Topf wie Ausreisepflichtige oder Straftäter. Besonders deutlich wird das bei der Sicherheitsfra-

ge. Viele Bürger erleben, dass sich öffentliche Räume verändert haben. Innenstädte, Parks und Bahnhöfe werden gemieden, weil aggressive Gruppen das Sicherheitsgefühl zerstören. Wenn sich Menschen im eigenen Land fremd fühlen, hat der Staat versagt.

Remigration heißt deshalb: geltendes Recht endlich durchsetzen. Wer keinen Aufenthaltstitel hat, muss gehen. Wer straffällig geworden ist, muss abgeschoben werden. Härtefallkommission, Kirchenasyl und geförderte Strukturen, die Abschiebungen verzögern oder verhindern, dürfen nicht länger über dem Recht stehen. Thüringen braucht keine weiteren Ausreden. Thüringen braucht Kontrolle, Rückführung und eine Politik, die zuerst die eigenen Bürger schützt.

Daniel Haseloff

Sehen Sie hierzu die Rede von Daniel Haseloff:



## Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke  
Bürgerinformation der  
AfD-Fraktion im  
Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Auflage: 698.000 Stück



► <https://twp.afd-thl.de/krEtufw>



# Der Gernegroß

**Betrug  
Schwindel  
Voigt**



**Konstruktives  
Misstrauensvotum –  
Antrag der AfD-Fraktion**



**M**anchmal schreibt die Geschichte die Pointen selbst. Friedrich Wilhelm Voigt wurde einst als »Hauptmann von Köpenick« berühmt – ein Mann ohne Rang, aber mit der richtigen Uniform. Er brauchte nur aufzutreten, und schon gehorchten ihm alle. »Autorität durch Darstellung« nannte man das. Über hundert Jahre später trägt ein anderer denselben Nachnamen: Mario Voigt. Ein Zufall und auch eine Einladung zum Vergleich. Auch bei Mario Voigt geht es um Darstellung und um das Auftreten nach außen. Der Fall um den aberkannten Dokortitel zeigt das deutlicher als jede Sonntagsrede. Jahrelang wurde an der eigenen Rolle gearbeitet: der Intellektuelle und Analyst, der in den USA geforscht hatte. Und dann kommt

ans Licht, was darunter liegt: Übernahmen und Abschreiben, fremde Gedanken als eigene verkauft. Nicht ein Fehler, nicht zwei – sondern ein System. Hunderte Plagiatsfragmente, mittlerweile sauber dokumentiert. Wer so arbeitet, baut eine Inszenierung vom Anfang bis zum Ende auf.

Und was passierte, als alles aufzog? Kein Satz der Entschuldigung, keine Demut. Stattdessen: Kamera an und ein angeblich spontan gefilmtes Video. Das muss man sich mal vorstellen: Während der eigene Titel in sich zusammenfällt, läuft im Hintergrund schon die PR-Maschine warm. Das ist perfekte Regie, um abzulenken.

Aber das ist noch nicht alles. Dann ist da der Sitz im MDR-Rundfunkrat: vier Sitzungen im Jahr, bezahlt aus öffentlichen Geldern, mit klarer Kontroll-

aufgabe. Voigt fehlte zwölfmal in Folge. Die Entschädigungen kamen trotzdem: rund 18.000 Euro! Und als das aufflog, wurde aus Abwesenheit plötzlich »hybride Teilnahme«. Blöd nur: Dieses Sitzungsformat gab es gar nicht.



Das ist keine Lappalie. Das ist politische Selbstbedienung mit nachgereicherter Schutzbehauptung.

Er spielt also immer wieder

dasselbe Spiel: Anspruch ohne Leistung und Außendarstellung statt Verantwortung. Und damit sind wir wieder in Köpenick. Der alte Hauptmann brauchte eine Uniform, um Autorität vorzutäuschen. Der neue Voigt braucht dagegen Titel, Kameras

und Gremienposten. Beim einen gehorchte die Stadt, weil die Verkleidung stimmte, und beim anderen soll die Öffentlichkeit glauben, dass hinter der Inszenie-

rung Kompetenz steckt. Es hat in Köpenick nicht geklappt und in Erfurt klappt es auch nicht.

Interessant war, wie »die vierte Kraft im Land« reagierte. Die Medien sprangen Voigt bei und relativierten sofort. »Auf den Doktor kommt es nicht an«, schrieb da etwa ein Redakteur. Und ein Reporterchef aus Thüringen meinte gar: »Sofortiger Rücktritt wäre die falsche Entscheidung.« Wann haben Medien eigentlich angefangen, sich den Regierungen als Vasallen anzudienen?

Die Koalitionspartner schließen die Reihen. Ihre Posten hängen schließlich daran.

Aber genau hier liegt der Kern des Problems.

Die Rolle des Hauptmanns von Köpenick zog nur, weil alle bereit waren, an die Uniform zu glauben. Inszenierung zählte mehr als Wahrheit. Genau dieses Prinzip versucht Mario Voigt zu kopieren: überzeugend auftreten, die Rolle spielen und alle Zweifel wegmoderieren. Doch irgendwann wackelt die Bühne. Dann reicht die Uniform nicht mehr. Oder anders gesagt: Wer nur so tut, als wäre er Hauptmann, sollte sich nicht wundern, wenn jemand nach dem Dienstausweis fragt.

**Jens Cotta**

## Voigts Skandalchronik

2008 »Promotion«

30.08.2009 Einzug Landtag

2021

18.11.2021

Wahl in MDR-Rundfunkrat

2022

14.10.2022

Durchsuchungen

2023

13.11.2023

Verfahren eingestellt

2024

12.12.2024

Wahl zum Ministerpräsidenten

ab März 2024

keine protokollierte MDR-Rundfunkrats-Teilnahme

15.08.2024

Weber veröffentlicht Plagiatsvorwürfe

2025

2026

Januar 2026

Dokortitel aberkannt

# Ein Sommer wie damals ...



Früher



Heute



Morgen?

Es gab eine Zeit, in der man nicht über Selbstverständlichkeiten nachdenken musste. Sommer bedeutete Freibad, und Freibad bedeutete »Urlaub im Kleinen«. Man ging hin, ohne sich zu verabreden, blieb stundenlang, verlor jedes Zeitgefühl. Kinder sprangen vom Beckenrand, Erwachsene lasen Zeitung, irgendwo lief ein Radio. Es war laut, aber es war nie bedrohlich. Man kannte sich, und die man nicht kannte, mit denen konnte man sich in der eigenen Sprache unterhalten.

Diese Erinnerung wirkt heute fast unwirklich. Nicht, weil sie verklärt wäre, sondern weil sich vieles zum Nachteil verändert hat. Freibäder sind heute in Deutschland oft aufgeladene Orte. Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit mehr – ganz im Gegenteil. Wer erinnert sich nicht an die Massenschlägereien in den Freibädern in Bad Sulza oder in Zella-Mehlis im vergangenen Sommer?

Wo früher ein Bademeister ge-

nügte, steht heute oft ein Großaufgebot von privaten Sicherheitsdiensten bereit. Bezahlen müssen das natürlich die Bade-gäste. Wenn man nach den Ursachen fragt, dann bekommt man höchstens hinter vorgehaltener Hand eine ehrliche Antwort. Nicht nur das Stadtbild hat sich

Immer öfter stellt sich die Frage: Wollen wir in Zukunft so weiterleben? Wollen wir akzeptieren, dass sich öffentliche Räume Stück für Stück so verändern – und am Ende nicht mehr das sind, was sie einmal waren? Dass wir uns wie Fremde im eigenen Land fühlen? Wollen wir hin-

einfach laufen lassen, sondern ständig ein Auge auf sie haben müssen? Für viele ist die Antwort klar: Nein!

Es geht dabei nicht um romantische Rückblicke oder verklärte Erinnerungen. Es geht um etwas sehr Konkretes: Lebensqualität, Sicherheit und Vertrauen im Alltag. Um das Gefühl, dass ein öffentlicher Raum allen gehört. Und nicht den Lautesten und den Rücksichtslosesten.

Die eigentliche Frage ist nicht, ob man die Vergangenheit zurückholen kann. Das wird nicht gelingen. Aber man kann entscheiden, wie die Zukunft aussehen wird.

Eine Zukunft, die sich viele wünschen, wäre unspektakulär: funktionierende Regeln, klare Grenzen und Konsequenzen, wenn diese überschritten werden. Orte, an denen man sich wieder aufhält, ohne ständig wachsam sein zu müssen. Orte, an denen Kinder wieder einfach Kinder sein können, ohne dass Eltern permanent ein ungutes

Gefühl haben.

Das klingt simpel. Ist es aber nicht. Denn diese Selbstverständlichkeit entsteht nicht von allein. Sie muss politisch gewollt und erkämpft werden. Genau hier setzt die Forderung nach einer grundsätzlichen Neuausrichtung an – auch durch Maßnahmen wie ein konsequentes Remigrationskonzept, das aus Sicht der AfD-Fraktion in Thüringen die Voraussetzung dafür schaffen muss, dass Ordnung, Sicherheit und Verlässlichkeit wieder zur Normalität in Deutschland und Thüringen werden.

Am Ende geht es um eine einfache, aber entscheidende Aufgabe: Wir müssen Deutschland wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Weder die Koalition in Berlin noch die Brombeer-Koalition in Thüringen wird das auf den Weg bringen. Das wird nur mit der AfD gelingen. Dabei geht es nicht um ein Zurück in die Vergangenheit – es geht um ein Vorwärts zu einem Alltag, der sich wieder richtig anfühlt.



verändert. Auch die Gäste in den Freibädern. Zuwanderer aus kulturfremden, außereuropäischen Regionen dominieren das Bild.

nehmen, dass Familien überleben müssen, ob sie überhaupt noch ins Freibad gehen? Dass Eltern ihre Kinder nicht mehr

## Schöne Ferien!

Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag wünscht allen Leserinnen und Lesern einen schönen Sommer, erholsame Urlaubstage und eine gute Zeit mit Familie, Freunden und Menschen, die ihnen wichtig sind.

Besonders den Kindern und Jugendlichen wünschen wir schöne Ferien, viele kleine und große Abenteuer, Zeit zum Spielen, Lachen, Entdecken und Ausruhen. Nach einem langen Schuljahr haben sie sich freie Tage ohne Stundenplan, Hausaufgaben und Klassenarbeiten verdient.

